

Fachinformation Dr. Hans Penner

Bürgerdialog

www.fachinfo.eu

Steinmeier, Dr. Frank-Walter, Bundespräsident

frank-walter.steinmeier@bundestag.de

www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf - Stand: 29.06.2018

Schreiben H. Penner vom 29.06.2018

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

Ihre Äußerungen zur AfD sind diskriminierend und dürfen nicht unwidersprochen bleiben (siehe hier).

Sie haben Dr. Gauland bewußt in ein falsches Licht gerückt. Sinngemäß hatte Dr. Gauland betont, daß die Zeit des "Dritten Reiches" nur 12 Jahre betrug im Vergleich zu der langen Geschichte Deutschlands. Der grausame Terror des NS-Staates ist nur ein kleiner Teil der Geschichte Deutschlands. Deutschland darf nicht ausschließlich unter dem Aspekt des Nationalsozialismus betrachtet werden.

Ein Grund zum Schämen ist, daß der deutsche Bundespräsident am Grab eines mehrfachen Judenmörders einen Kranz niedergelegt hat.

Ein Grund zum Schämen ist, daß der Bundespräsident das Grundsatzprogramm der AfD nicht kennt und nicht weiß, daß die AfD die einzige Partei ist, die den demokratischen Rechtsstaat gegen den menschenrechtswidrigen Islam verteidigt.

Ein Grund zum Schämen ist, daß der Bundespräsident nicht weiß, daß Mohammed, das Vorbild aller Moslems, in Medina ein schauerliches Judenmassaker angerichtet hatte.

Ein Grund zum Schämen ist, daß die Bundeskanzlerin den juden- und christenfeindlichen Islam legitimiert und zum Bestandteil Deutschlands erklärt hat.

Ein Grund zum Schämen ist, daß die Bundeskanzlerin unter Bruch ihres Amtseides die Masseneinwanderung von Moslems ermöglicht hat, denen der Koran die Integration verbietet.

Ein Grund zum Schämen ist, daß die deutsche Bundeskanzlerin sich weigert, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen.

Ein Grund zum Schämen ist, daß die Bundeskanzlerin die Gründung eines Palästinenserstaates unterstützt, der Israel vernichten will.

Ich hoffe auf eine Verbreitung dieses Schreibens (siehe www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf).

Mit besorgten Grüßen Hans Penner

Schreiben H. Penner vom 21.11.2017

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

in Ihrer Stellungnahme am 20.11.2017 haben Sie vergessen, daß wir nicht irgendeine Regierung brauchen, sondern eine Regierung, welche die Interessen der deutschen Bevölkerung vertritt. Glücklicherweise ist ein neomarxistisches Bündnis gescheitert.

Die Ursache der gegenwärtigen Regierungskrise liegt in den verhängnisvollen politischen Fehlentscheidungen der Frau Dr. Merkel. Die mehrwöchigen Berliner Verhandlungen erfolgten, soweit den Medien entnehmbar, ohne ausreichende Sachkenntnisse. Der FDP sei für die Beendigung der aussichtslosen Verhandlungen gedankt (siehe hier). Zu den Schwerpunkten der Verhandlungen gehörten auch die falschen Klimavorstellungen der Frau Dr. Merkel.

Im Mittelpunkt der Klimadiskussion steht die Frage nach der Klimasensitivität des Kohlendioxids (siehe hier). Hierunter versteht man die Erhöhung der Globaltemperatur der Luft als Folge einer Verdoppelung des Kohlendioxid-Gehaltes der Luft. Die wissenschaftlichen Berechnungen der Klimasensitivität ergeben einen Wert von 1°C oder darunter. Ich setze voraus, daß Frau Dr. Merkel keinen seriösen Fachwissenschaftler benennen könnte, der einen höheren Wert berechnet hat.

Aus der Keeling-Kurve kann entnommen werden, daß sich bei Fortsetzung der heutigen geologischen, biologischen und technischen Kohlendioxid-Emissionen der Kohlendioxidgehalt der Luft in etwa 200 Jahren

verdoppelt. Die Folge ist, daß in diesem Jahrhundert die Globaltemperatur der Luft um weniger als 0,5°C steigt. Ein solch geringer Anstieg hat keine schädlichen Folgen für die Menschheit.

Das sind Fakten! Aus diesen Fakten müssen Konsequenzen für die Energiepolitik abgeleitet werden, als da sind:

- Falsch ist die Energiewende, die 2 Billionen Euro kostet und zur Stromabschaltung von 330.000 Haushalten führte.
- Falsch ist die Subventionierung von unwirtschaftlichen Windrädern.
- Falsch ist die Finanzierung von Solardächern reicher Leute durch die ärmere Bevölkerung.
- Falsch ist der unnötige teure Bau von neuen Stromleitungen.
- Falsch ist die Verschrottung von unverzichtbaren Fossilkraftwerken.
- Falsch ist das Verbot von Verbrennungsmotoren, die Autos, Schiffe und Flugzeuge antreiben.
- Falsch war die Bonner Klimakonferenz, die 120 Millionen Euro gekostet und keine Ergebnisse gebracht hat.

Die Entscheidung von Frau Dr. Merkel, die deutsche Kerntechnik zu vernichten, steht in einem eklatanten Widerspruch zu ihrer Fixen Idee, technische Kohlendioxid-Emissionen seien eine Bedrohung der Menschheit.

Ihre folgenschweren energiepolitischen Fehlentscheidungen (abgesehen von Ihren anderen Fehlentscheidungen), obwohl sie vermutlich Physik studiert hat, wirft die Frage nach Ihrer psychischen Verfassung auf. Der namhafte Psychoanalytiker Dr. Hans-Joachim Maaz, ehem. Chefarzt der Psychosomatischen Klinik Halle, hält Frau Dr. Merkel aus psychologischen Gründen für gefährlich (siehe hier).

Ich verbreite dieses Schreiben (siehe auch hier) und appelliere an die Verantwortungsträger, die Zukunft der jungen Generation zu berücksichtigen. Deutschland darf nicht desindustrialisiert und abgeschafft werden, was die Neomarxisten wollen, denen sich Frau Dr. Merkel angeschlossen hat.

Mit besorgten Grüßen Hans Penner

Schreiben H. Penner vom 22.03.2017

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

die wichtigste und mächtigste Organisation des Islam ist die OIC, eine zwischenstaatliche internationale Organisation von derzeit 56 islamischen Staaten. Die OIC hat auf einer Konferenz in Kairo 1990 eine Erklärung der Menschenrechte im Islam beschlossen, wonach die religiös legitimierte islamische Gesetzgebung, die Scharia, als einzige Grundlage zur Interpretation dieser Erklärung festgelegt wurde (siehe hier).

Im Islam ist demnach die Scharia der UN-Menschenrechte-Charta übergeordnet. Die Scharia ist festgelegt durch den Koran, das Grundsatzprogramm des Islam. Der Koran verbietet die Trennung von Islam und Staat, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Der Koran fordert Körperstrafen und die Tötung von Personen, die den Islam ablehnen (siehe hier).

Obwohl der Islam mit unserem Grundgesetz, das auf der UN-Menschenrechte-Charta fußt, mit unserem Grundgesetz unvereinbar ist, hat Frau Dr. Merkel den verfassungswidrigen Islam legitimiert und zum Bestandteil Deutschlands erklärt. Zudem fördert Frau Dr. Merkel massiv die Einwanderung von Anhängern des Islam. Frau Dr. Merkel gefährdet die Fortexistenz Deutschlands als demokratischer Rechtsstaat.

Die Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten verdeutlichen unmißverständlich, daß die islamische Türkei die Herrschaft über Deutschland anstrebt.

Es kann nicht darauf verzichtet werden, daß Sie sich als Bundespräsident zu dem Verhalten von Frau Dr. Merkel, die derzeit noch Bundeskanzlerin ist, zu äußern. Ich bitte Sie um eine Stellungnahme, die in www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf veröffentlicht werden kann.

Ich hoffe auf eine Verbreitung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H. Penner vom 18.10.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

nachdem Sie vermutlich das Finanzministerium übernehmen werden (siehe SPIEGEL ONLINE 17.10.2013), darf ich mich an Sie wenden.

Wie "Deutsche Wirtschafts Nachrichten" am 17.10.2013 mitteilten, fordert der IWF in der Euro-Zone eine "Schulden-Steuer" von 10% auf alle Sparguthaben. "Damit sollen die Forderungen der Banken befriedigt und das Schulden-System gerettet werden."

Diese Forderung ist wahrscheinlich die zwangsläufige Folge der verhängnisvollen Euro-Politik von Frau Dr. Merkel. Frau Merkel hatte gesetzwidrig die No-Bail-Out-Klausel der europäischen Verträge außer Kraft gesetzt.

Ich bitte Sie um Mitteilung, ob die Meldung der "Deutsche Wirtschafts Nachrichten" zutrifft. In diesem Falle müßten die Bürger gewarnt werden. Ihre geschätzte Antwort möchte ich in www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf veröffentlichen. Sollte ich keine Antwort erhalten, nehme ich die Korrektheit der genannten Meldung an.

Ich bemühe mich um eine Verbreitung dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H. Penner vom 17.07.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

früher verteidigte die SPD die Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Heute unterstützt die SPD die kapitalistische Europa-Politik der CDU-Bundeskanzlerin.

Irreführend ist die Bezeichnung "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM), den Frau Merkel mit allen Mitteln durchsetzen will. In Wirklichkeit handelt es sich um eine "internationale Finanzinstitution" (Art. 1 ESM-Vertrag), also um eine Bank.

Irreführend ist die Behauptung von Frau Merkel, eine "europäische Bankenaufsicht" einführen zu wollen. In Wirklichkeit darf die von Frau Merkel geforderte ESM-Bank nicht beaufsichtigt werden. Die ESM-Bank genießt Immunität (Art. 32,3 ESM-Vertrag). Archive und Räume der ESM-Bank sind unzugänglich (Art. 32,5-6 ESM-Vertrag). ESM-Mitarbeiter unterliegen der Schweigepflicht (Art 34 ESM-Vertrag).

Irreführend ist die Behauptung des Bundestagspräsidenten, die ESM-Bank würde die Haushaltssouveränität des Bundestages nicht tangieren. In Wirklichkeit hat der Bundestag lediglich auf den deutschen Vertreter in der ESM-Leitung Einfluß, nicht aber auf die Entscheidungen des ESM-Gouverneursrates. Siehe Art. 16,1 ESM-Vertrag.

Irreführend ist die Behauptung, die ESM-Bank würde nützlich für die deutsche Volkswirtschaft sein. In Wirklichkeit wird die deutsche Volkswirtschaft extrem belastet durch die Schenkung von 190 Milliarden Euro an die ESM-Bank. Dieser Betrag kann erhöht werden.

Irreführend ist die Behauptung, das Schicksal Europas würde vom Euro abhängen. In Wirklichkeit ist die Finanzkrise in Europa durch die Einheitswährung des Euro entstanden, weil durch den Euro der unverzichtbare Stabilisierungsfaktor der flexiblen Wechselkurse abgeschafft wurde.

Irreführend ist die Behauptung, die ESM-Bank würde die Wirtschaftsleistung Europas verbessern. In Wirklichkeit gibt die ESM-Bank keine Darlehen an notleidende Bürger oder an Wirtschaftsunternehmen. Die ESM-Bank hat die Aufgabe, Darlehen an marode Banken korrupter Staaten zu geben, die infolge krimineller Spekulationen bankrott sind.

Die Europapolitik von Frau Merkel ist aus meiner Sicht verwerflich, weil sie nicht nur deutschfeindlich, sondern auch europafeindlich ist, indem sie Europa spaltet. Mit Interesse sehe ich Ihrer Stellungnahme entgegen, die ich ins Internet stelle unter www.fachinfo.eu/steinmeier.pdf. Eine Verbreitung dieses Schreibens ist erwünscht.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner